

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauhaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18093. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonellszeile oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.00 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Reine Einigung in der Kohlenlieferungsfrage.

Reden von Stinnes und Hué.

Spa, 10. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 10 1/2 Uhr eröffnet. Minister Dr. Simons erklärte, er wolle den Alliierten nicht das Recht zu den beabsichtigten Maßnahmen zugestehen, da ein ökonomisches Unterlassen Deutschlands bei der Nichteinhaltung der Kohlenlieferungen nicht vorliege, Maßregeln, die Deutschland wieder als Diktat auferlegt werden sollten. Die deutsche Regierung habe beabsichtigt, in der mit der ganzen Wiedergutmachungsfrage in Zusammenhang stehenden Kohlenfrage bestimmte Pläne vorzulegen, die den berechtigten Ansprüchen, und besonders denen Frankreichs, Rechnung trügen. Er hätte es für zweckmäßig gehalten, wenn die ganze Frage von einer Sachverständigenkommission geprüft würde, neben der Deutschland noch drei andere Kommissionen vorschlagen wollte, eine für die technischen Fragen der industriellen Leistungen an die Alliierten, die zweite für die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und die dritte für die Wirtschaftspragen und die Finanzierung der deutschen Sach- und Arbeitsleistungen und der internationalen Geldfragen. Die Kohlenfrage sei für alle die schwerwiegendste; sie könne nur im Einverständnis mit den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern gelöst werden. Er bitte daher darum, die anwesenden Vertreter dieser beiden Gruppen zu Worte kommen zu lassen. Sie sprächen nicht im Namen der Regierung, sondern was sie hier sagten, sei ihre persönliche Ansicht und die Ansicht derer, die sie vertreten.

Hugo Stinnes ergriß darauf das Wort und führte im einzelnen aus, was bereits geschieden sei, um die Förderung von Kohlen zu erhöhen, und was zur weiteren Erhöhung der Förderung noch in Aussicht genommen sei. Er wandte sich in scharfer und ausdrucksvoller Weise gegen die Drohung, daß die Entente bei Nichterfüllung der von ihr gestellten Bedingungen ins Ruhrgebiet einmarschieren würde. Sie würde dann keineswegs eine vermehrte Förderung erzielen, sondern die Folge würde sofort ein wesentliches Herabfallen der Förderziffern sein. Die Bedingungen des Bergbaues seien ohnehin durch die Bedingungen des letzteren abgeschlossenen militärischen Abkommens außerordentlich erschwert, da es nur unter erheblichen Anstrengungen möglich sein werde, die einzelnen Punkte durchzuführen.

Als Vertreter der Arbeiter erklärte Hué, die deutsche Bergarbeiterschaft habe, obgleich entkräftet durch die langjährige Hungerblockade und unter ungünstigen Marktverhältnissen und Mortalitätsverhältnissen lebend, sich entschlossen, die Mehrförderung an Kohle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Leistung von Ueberleistungen zu erfüllen. Die Arbeiterchaft Deutschlands stehe aber nie die Frankreichs, Englands und Amerikas auf dem Standpunkte, daß das erstrebenswerte Ziel die Selbstversorgung sei. Die ganze Kohlenfrage sei eine internationale Frage, die nur durch internationale Abmachungen gelöst werden könne. Die Vertreter der deutschen Arbeiterchaft seien gern nach Spa gekommen, um an dieser internationalen Aufgabe mitzuarbeiten; die Alliierten sollten aber nicht glauben, daß die Diplomaten am grünen Tisch irgendwas feststellen könnten, wenn die Arbeiter nicht bereit seien, es anzuknüpfen. Er hoffe, daß die Alliierten ihm Gelegenheit geben würden, in einer Sachverständigenkommission in nähere Besprechungen einzutreten.

Die Sitzung wurde darauf auf 4 1/2 Uhr nachmittags vertagt.

Die Antwort Millerands — Beratungen der Sachverständigen.

Spa, 10. Juli. In der heutigen Nachmittagsitzung der Konferenz erklärte Millerand im Namen der Alliierten, daß die Entente es für höchst wünschenswert halte, daß man sich mit Deutschland durch Sachverständigenberatungen über die Kohlenfrage so rasch als möglich einigt. Er schlug deshalb den sofortigen Zusammentritt der beiderseitigen Sachverständigen zu Kommissionsberatungen vor.

Die deutsche Delegation stimmte zu, und die beiderseitigen Sachverständigen traten sofort zu einer Sitzung zusammen. Nach einer Pause machte Minister Dr. Simons längere Ausführungen über die Wiedergutmachungsfrage und erklärte sich bereit, die deutschen Vorschläge schriftlich in kürzester Frist, voraussichtlich bis morgen abend, vorzulegen. Die Sitzung wurde darauf auf Sonntag, 5 1/2 Uhr nachmittags, zur Entgegennahme des Berichts der Kohlenkommission vertagt.

Aussetzung der Entscheidung.

Spa, 11. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende, Ministerpräsident Delacroix, mit, der britische Ministerpräsident sei unpäßlich; daher müsse die Entscheidung in der Kohlenfrage, über die die beiderseitigen Sachverständigen seit gestern berieten, bis zur nächsten Sitzung verschoben werden.

Ministerpräsident Millerand verlas den Bericht der alliierten Sachverständigen, betonte, die Entscheidung der Alliierten werde erst morgen erfolgen, und ersuchte um Ueberreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge.

Reichsminister Dr. Simons führte darauf aus, nach dem von Millerand verlesenen Bericht werde von Deutschland monatlich das 2/3fache des in dem deutschen Kohlenwirtschaftsvorschläge angelegten Kohlenquantums verlangt, wonach der deutschen Industrie nur ein Drittel ihres notwendigen Kohlenbedarfs verbleiben würde. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung zu einer internen Besprechung der deutschen Delegierten auf kurze Zeit vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung handigte Reichsminister Dr. Simons mehrere Exemplare der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge dem Generalsekretär der Konferenz ein: Er

ersuchte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage an Hand dieser als einen unteilbaren Plan anzusehen, die Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen und vorläufig eine Entscheidung in der Kohlenfrage anzusehen.

Die Sitzung wurde darauf auf Montag, vormittags 11 Uhr, vertagt.

Über die Sonntags-Sitzungen meldet der Bericht: erstatte der D. A. noch folgendes: Am Nachmittag wurden innerhalb der deutschen Delegation die Entwürfe für die Wiedergutmachung fertiggestellt, die der Außenminister Simons am Sonntagabend schon signiert hatte und die im Laufe des gestrigen Nachmittags den alliierten Delegierten unterbreitet werden sollten. Daneben fanden während des ganzen Tages Beratungen der Sachverständigen über die Kohlenfrage statt. Am Vormittag schienen die Aussichten für die Einigung in dieser Frage nicht ungünstig zu sein. Später zeigten sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Um 5 1/2 Uhr die Vollkonferenz zusammentrat, wurden die deutschen Delegierten mit der Mitteilung empfangen, daß ein Ergebnis in der Kohlenfrage noch nicht erzielt worden sei. Minister Simons beantragte daher, daß unter diesen Umständen auch die Vorlegung der deutschen Wiedergutmachungspläne aufgeschoben werden solle, da die Kohlenfrage einen wesentlichen Bestandteil dieser Pläne bilde. Da dieser Forderung von der Gegenseite und besonders von Millerand lebhaft widersprochen wurde, zog sich die deutsche Delegation zu einer gesonderten Beratung zurück, in der sie mit Rücksicht darauf, daß die Ueberreichung der Pläne für den Nachmittag vorgesehen worden war, beschloß, auf ihrer Weigerung nicht zu bestehen. Die Pläne wurden jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt überreicht, daß ihre Ausführung nur auf der Grundlage einer Verständigung in der Kohlenfrage möglich sei. Weitere Verhandlungen fanden nicht statt, da Lloyd George wegen Krankheit sich hatte entschuldigen lassen.

Die deutschen Vorschläge.

Spa, 12. Juli. (D. A.) Der Gegenentwurf der deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage lautet:

Unter der Voraussetzung, daß die bisherige Teillieferung im Durchschnitt pro Tag erhalten bleibt und daß diese Teillieferung in der Höhe derjenigen des Monats Mai 1920 zur Verfügung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung in Deutschland bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 44 000 Tonnen im Durchschnitt pro Arbeitstag zur vorberechtigsten Lieferung an Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion und dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1919 kein wesentlicher Mehrverbrauch eingetreten ist, mit zum 58 Prozent ihres Verbrauchs von 1919 belaufen, wie die beifolgenden Tabellen aufweisen. Bei Berechnung dieses Prozentfußes ist der Mehrverbrauch infolge der starken Qualitätsverschlechterung der Kohlen nicht berücksichtigt worden. Wir bitten, die Wiedergutmachungskommission zu veranlassen, einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Es ist unmöglich, ein festes Programm für die Kohlenverteilung im Innern einzuhalten, zumal jeweilige Umstände und die Transportverhältnisse in nicht vorher zu übersehender Weise diese Verteilung beeinflussen. Solche Umstände sind z. B. Hochwasser oder Wassermangel des Rheins oder der Ober- und Mittellager, Zunderkämpfe, Kartoffeltransporte. Die Verteilung des Reichskommissars muß beweglich sein, um den ständig wachsenden Anforderungen des Tages für die rund 88 000 industriellen Betriebe in Deutschland gerecht werden zu können. Zu Punkt 4 erkläre ich eine Neuherlegung der Sachverständigen. Wir beabsichtigen, 50 000 Bergleute einzustellen und für diese die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten davon eine Mehrförderung von 6,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von dieser Mehrförderung, die über den arbeitsmäßigen Durchschnitt im Mai 1920 (rund 440 000 Tonnen in 23 Arbeitstagen) erreicht wird, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr, von jetzt an gerechnet, 40 Prozent, für die nächsten 8 Jahre 25 Prozent, während die restliche Menge zur freien Verfügung Deutschlands bleiben muß. Ueber die näheren Modalitäten, die zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergleute anzubringenden Mittel, bleibt die Entscheidung einer besonderen Konferenz in Essen unter Hinzuziehung der Gewerkschaften vorbehalten. Auch muß über den aus wirtschaftlichen Gründen erforderlichen Preisunterschied zwischen Ruhrkohle und Saar Kohle beraten werden.

Die Franzosen halten an ihren Bedingungen fest.

Berlin, 12. Juli. (D. A.) Ueber die Beratungen der Sachverständigen in Spa verläutet, daß die Franzosen im wesentlichen an den von Millerand in der Konferenz vorgelegten Entschädigungsleistungen festhalten. Wie der Sonderkorrespondent der D. A. berichtet, wurden von den bekannten vier Punkten dieser Entscheidung nur in Punkt 5 Zugeständnisse gemacht, und zwar in der Richtung, daß die in Berlin einzusetzende Kontrollkommission sich nur allgemein mit dem Verteilungsplan der Kohlen in Deutschland zu befassen hat, nicht aber in die Frage der Einzelbelieferungen einzugreifen habe. Ueber die genaue Auslegung der rechtlichen Eingriffsbestimmungen ist vorläufig noch nicht entschieden worden.

Bevorstehende Abreise Millerands.

Paris, 10. Juli. (Havas.) Millerand wird am 13. Juli nach Paris zurückkehren und dann einen Rabinetsrat abhalten.

Die starken Männer in Spa.

Vor der Abreise nach Spa führte die neue Regierung im Reichstage noch schnell ein Rührstück auf und gebärdete sich zugleich als stark, indem sie hervorhob, sie werde nur unterschreiben, was mit der deutschen Ehre und den deutschen Interessen verträglich sei. Unter den deutschen Interessen verstand sie vor allem die Erhaltung des Militarismus und der andern konterrevolutionären militärischen Einrichtungen, wie: Einwohnerwehren und Sicherheitspolizei. Herr G e h l e r hat sogar den Ausfragern erklärt, er lege sein Amt nieder, wenn Deutschland gezwungen werde, die 200 000 Soldaten auf die Hälfte zu verringern. Und das, obwohl die Entente in ihrer Antwort auf die deutschen Noten keinen Zweifel gelassen hatte, daß sie im Punkt Militarismus und Abrüstung nicht nachgeben werde.

Man hätte also annehmen dürfen, daß die Regierungsvertreter in Spa nicht fruchtlose Versuche machen würden, die Entente in diesem Punkt umzustimmen, denn eine Blamage war ihnen doch ganz sicher. Herr F e h r e n b a c h, G e h l e r und v. S e e k t gingen aber so weit, der Entente einreden zu wollen, die Erhaltung des deutschen Militarismus liege im Interesse der Entente, ja ganz Europas. Mit einer Beharrlichkeit, die wirklich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, schoben sie immer die böswillige Gesehäfts in den Vordergrund, wobei sie das deutsche Volk der Entente demunzierten, als sei es im geheimen bis an die Zähne bewaffnet; drei Millionen Gewehre und andre Waffen sollten noch in seinen Händen sein. Nicht darauf gingen die Herren G e h l e r und v. S e e k t ein, daß die Landwirtschaft und das Bürgertum bewaffnet sind, sondern sie stellten es so dar, als ob es sich um die Arbeiterchaft handle. Die Entente kam ihnen insoweit entgegen, als sie die Frist zur Herabsetzung der Soldner auf 100 000 Mann um ein halbes Jahr verlängerte und ihnen auch sonst noch Konzessionen einräumte. Die Wehren und die grüne Polizei sind abzuschaffen, weil sie zentral geleitete, militärische Einrichtungen sind.

Nachdem die Regierung das Protokoll unterschrieben hat, ist es ihre Aufgabe, den Kreissen der Bevölkerung, die sich noch immer nicht an die Verminderung des Militarismus gewöhnen können, die Notwendigkeit und das Nützliche klarzumachen. Statt dessen schlägt sie den entgegengekehrten Weg ein. Als geradezu verhängnisvoll muß das Auftreten G e h l e r s im Hauptauschuß bezeichnet werden, wenn der Bericht des Wolffschen Bureaus richtig ist. Dort behauptete er, die Verminderung der 200 000 Mann sei für E l s a s und G e o r g e nicht der springende Punkt gewesen, sondern die Entaffung der Bevölkerung; das Herausziehen der Waffen aus der Bevölkerung sei sogar als das Wesentliche hingestellt worden, demgegenüber die Verminderung der Reichswehrtruppen in der Frage der Entaffung an Wichtigkeit gegenüber jener Frage zurücktrate. Dieser, die Tatsachen verschleièernden Ausführungen muß entschieden entgegengetreten werden. Der wesentlichste Punkt in der Abrüstungsfrage ist die Verminderung des Heeres auf hunderttausend Mann und die Auflösung der Wehren.

Wenn jetzt noch die Frage behandelt wird, ob die deutschen Vertreter die Strafklausel abgelehnt oder anerkannt hätten, so ist dies müßig; erfüllt die Regierung die eingegangenen Verpflichtungen nicht, so tritt, wie Lloyd George ausdrücklich hervorgehoben hat, die Strafklausel in Kraft. Reden, wie die von G e h l e r, müssen den Eindruck erwecken, als ob die Regierung die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen will; wozu dann noch kommt, daß die süddeutschen Regierungen, ganz besonders die bayerische, erklären, sie denken nicht an die Auflösung der Wehren.

Die Verhandlungen über die Kohlenfrage und die andern wirtschaftlichen Fragen machen den Eindruck, als ob eine Verschleppungspolitik getrieben werden soll. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Kohlenfrage mit den andern wirtschaftlichen Fragen zusammenhängt, und letzten Endes auch im Zusammenhang mit diesen gelöst werden muß, so lassen sich vorher doch Feststellungen über Kohlenförderung und -lieferung machen. Es tritt hier wieder daselbe Bestreben hervor wie bei der Behandlung der Abrüstungsfrage, und nur die Erfahrung, die die deutschen Vertreter mit ihrer Taktik bei der Abrüstungsfrage machten, hat sie belehrt, so daß sie hier dann schnell anknüpfen.

Zur Behandlung der Wirtschaftsfragen hat die deutsche Regierung der Entente Denkschriften unterbreitet und zur Aussprache noch eine Anzahl Wirtschaftsvertreter mitgebracht. Was sich gleich der erste Kapitalvertreter S t i n n e s geleistet hat, ist ein Skandal. Schon daß die Regierung diesen Mann als Sachverständigen mitgenommen hat und ihn der Entente präsentierte, ist unerhört, ist eine Herausforderung ohne gleichen. Wie stark aber trotz aller gegenläufigen Interessen die kapitalistische internationale Solidarität ist, geht daraus hervor, daß die Entente-Vertreter Stinnes als deutschen Sachverständigen anerkennen und anhören; wenn ihm auch bei besonders grobköpfigen